

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Außenstelle Washington

## NEWS AUS WASHINGTON

**November 2003**

**Umfragewerte für George W. Bush im Oktober 2003 gestiegen**

*Franz-Josef Reuter / Tim Karusseit*

**Fundraising in den USA erreicht neue Rekordhöhen**

*Franz-Josef Reuter / Tim Karusseit*

**Was plant Hillary Clinton für 2004?**

*Franz-Josef Reuter/ Jeffrey Luppés*

**Washington wieder Mord-Hauptstadt**

*FAZ-Artikel, 04. November 2003*

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Außenstelle Washington  
2005 Massachusetts Avenue, NW  
Washington, DC 20036  
USA

Tel. 202-986-9460  
Fax. 202-986-9458  
info@kasusa.org  
<http://www.kasusa.org>  
<http://www.kas.de>

# NEWS AUS WASHINGTON

## November 2003

### Umfragewerte für George W. Bush im Oktober 2003 gestiegen

*Franz-Josef Reuter / Tim Karusseit*

Neuesten Umfragen zufolge haben sich die Umfragewerte für George W. Bush nach einer kontinuierlich negativen Tendenz seit dem Sturz von Saddam Hussein im April 2003 im letzten Monat stabilisiert. Seine Zustimmungsrates liegt, einer Washington Post/ABC Umfrage zufolge, bei 53% der amerikanischen Bevölkerung, einer CNN/ USA Today Umfrage zufolge sogar bei 56% nach 50% Mitte September. Im vergleichbaren Zeitraum vor der Wiederwahl zeigten Umfragen für Bill Clinton 52% und für George H. W. Bush Senior 65% Zustimmung. George W. Bush betont zwar immer wieder seine Ablehnung von Umfragewerten, bewertete aber die gestiegenen Umfragewerte als positives Signal.

Experten sehen einen Richtungswechsel in Bush's Auftreten seit seinem Sommerurlaub im August und einer Serie von Negativnachrichten im September. Ihrer Meinung nach ist sein Auftreten bestimmter und ausdrücklicher geworden. Das Wichtigste vor seiner möglichen Wiederwahl im nächsten Jahr werden aber gesetzgeberische Initiativen sein, die er im im Kongress durchbringen muss, vor allem eine Gesetzesvorlage zur Modernisierung des Energiesektors und eine Arzneimittelunterstützung innerhalb der sogenannten „Medicare“. „Medicare“ ist die Gesundheitsvorsorge für ältere und behinderte Menschen, von der 40 Millionen Amerikaner Leistungen erhalten. Die geplante Arzneimittelunterstützung in Höhe von 400 Milliarden Dollar ist besonders hervorzuheben, da die Zustimmung unter älteren Wählern signifikant zurückgegangen ist. Vor allem ältere und behinderte Menschen erwarten von Bush diese Unterstützung, die noch vom Kongress vor dessen Winterpause Mitte November genehmigt werden soll. Gerade ältere Wähler werden in den USA als wichtiger Faktor bei Wahlen bezeichnet, da ihre Wahlbereitschaft zum Einen höher ist als bei jungen Leuten und da sie zum Anderen in den bei Wahlen hart umkämpften Staaten wie Florida oder Pennsylvania konzentriert

leben. Zudem sind Senioren sehr verlässliche Wähler, deren Wechselbereitschaft niedriger ist als unter jungen Leuten.

Die Zustimmungsrates für George W. Bush von über 65 Jährigen fiel von 63% im Mai auf 41% im Oktober. Als Hauptgründe für diese Abnahme werden die wirtschaftliche Lage, die aktuellen Aktienmärkte und die Situation im Irak genannt. Durch niedrige Zinsen und Aktienkurse sowie eine lahmende Wirtschaft erhalten ältere Menschen nicht den gewünschten Ertrag aus ihrem Ersparnissen. Aber auch traditionelle Bedenken unter der älteren Bevölkerung, wie Arzneimittelkosten und medizinische Versorgung, spielen dabei eine Rolle. Eine vor allem für Festangestellte wichtige niedrige Inflation konnte die stark gestiegenen Gesundheitskosten für ältere Menschen nicht ausgleichen. Zudem lehnen viele aus der älteren Bevölkerung die hohen Kosten (vom Kongress genehmigte 87 Milliarden Dollar) für die Stabilisierung des Iraks ab. Das mit den Ausgaben im Irak verbundene Haushaltsdefizit wird, aufgrund der Gefährdung des Sozialversicherungssystems und des Gesundheitssystems, von dieser Bevölkerungsgruppe sehr kritisch beurteilt.

Auf der anderen Seite fiel einer Studie zufolge die Zustimmung zu Bush's Politik unter College Studenten mit 61% höher aus als im Durchschnitt der Bevölkerung. Trotzdem haben amerikanische Studenten in den letzten Jahren Vertrauen in die Bush Regierung verloren, wie die Umfrage zeigte, und 86% glauben, dass die Regierung die Wahrheit im Irakkrieg verschweigt.

Die Zustimmung zum Irakkrieg fiel von 61% vor einem Monat auf 54%, und eine Mehrheit der Befragten gab an, dass sie nicht glaube, die US-Regierung habe einen klaren Plan zur Befriedigung des Irak.

### **Fundraising in den USA erreicht neue Rekordhöhen**

*Franz-Josef Reuter / Tim Karusseit*

Präsident George W. Bush konnte im dritten Quartal 2003 \$49,5 Millionen für die anstehende Präsidentschaftswahl im Jahre 2004 sammeln, was einen neuen Fundraising Rekord für eine Dreimonatsperiode darstellt. Seit Beginn seines Wahlkampfes hat Bush \$83,9 Millionen an Wahlkampfspenden sammeln können, dreimal so viel wie die

demokratischen Anwärter im gleichen Zeitraum zusammen. Fast die Hälfte der Spenden (\$38,5 Millionen oder 45%) kamen von 285 Privatpersonen, von denen 100 mindestens \$100.000 (sogenannte „Ranger“) und 185 mindestens \$200,000 (sogenannte „Pioneers“) an Spenden sammelten. Diese „Fundraiser“ (Einzelpersonen, Unternehmen und Gewerkschaften, die Spenden sammeln) spielen eine wichtige Rolle im Vorfeld der Wahl im nächsten Jahr, da nach dem sogenannten „McCain-Feingold Gesetz“ zur Wahlkampffinanzierung nur noch Einzelspenden bis maximal \$2000 akzeptiert werden dürfen.

Die meisten Unterstützer der Republikaner erhoffen sich natuergemäß in irgendeiner Form Vorteile durch die Politik der Bush-Regierung. So kommen 37 der 285 Spender aus dem **Finanzsektor**, der stark von der Wirtschaftspolitik der Bush Administration profitiert, hauptsächlich durch Senkung von Steuern auf Dividendeneinkommen und Kapitalgewinne. 14 Rangers oder Pioneers kamen aus der **Energiebranche**, die von der Politik der republikanischen Regierung durch gesetzgebende und regulatorische Initiativen gegen Interessen von Umweltgruppen Unterstützung fand. Zudem wird von Seiten der Regierung oftmals die Bedeutung von Atomkraft in der Energiegewinnung betont. Gerade von Seiten der Energieversorger wurde die Beseitigung von rechtlichen und regulatorischen Barrieren, hin zu modernen kompetitiven Energiemärkten, geschätzt. Aus der **Baubranche** kamen lobende Worte, in bezug auf die Einbindung der Branche in wichtige Entscheidungen durch die Bush Regierung sowie die für 2010 festgesetzte Abschaffung der Grundsteuer. 25 Spender kamen dementsprechend aus diesem Wirtschaftszweig.

In geographischer Hinsicht sind 12 der Rangers oder Pioneers-Spender in Texas beheimatet, wo Bush fast 2 Amtszeiten als Governor regierte. 14 Rangers oder Pioneers kommen aus Florida, wo der Bruder von George W. Bush zur Zeit als Governor fungiert. George W. Bush hat als Amtsinhaber zweifelsohne einen Vorteil im Wahlkampf, doch auch bereits vor seiner Wahl zum amerikanischen Präsidenten konnte er im zweiten Quartal 1999, seinerzeit als einer der republikanischen Präsidentschaftskandidaten, \$29,5 Millionen sammeln, und das noch vor den „Primaries“, den amerikanischen Vorwahlen zur Bestimmung des endgültigen Präsidentschaftskandidaten einer Partei.

Im Lager der **Demokraten** gibt es an der Basis nicht so viele Fundraiser, die Kleinspenden sammeln, wie bei den Republikanern. Howard Dean, einer der demokratischen Bewerber für die Nominierung als Präsidentschaftskandidat, konnte insbesondere mit Hilfe des Internets im dritten Quartal 2003 \$14,8 Millionen an Spenden sammeln, verglichen mit den angesprochenen \$49,5 Millionen von Präsident Bush. Damit bekam Dean weit mehr an Spenden als er im gleichen Zeitraum ausgab (\$8,8 Millionen). Drei demokratische Bewerber, alle Mitglieder des Kongresses, gaben sogar mehr für ihren Wahlkampf aus, als sie im gleichen Zeitraum sammeln konnten und verringerten damit wichtige Ressourcen vor dem ersten Caucus in Iowa (dem Parteiausschuss der Demokraten zur Wahlvorbereitung) am 19. Januar 2004 und der ersten Vorwahl zur Entscheidung über den endgültigen Präsidentschaftskandidaten am 27. Januar 2004 in New Hampshire.

### **Was plant Hillary Clinton für 2004?**

*Franz-Josef Reuter/ Jeffrey Luppés*

Mehrere Monate vor den ersten *primaries* – den Wahlen, bei denen die Demokraten sich auf ihren Präsidentschaftskandidaten festlegen – hat der Kampf um die Präsidentschaft 2004 bereits begonnen. Präsident George W. Bushs Wahlkampf – trotz der andauernden Schwierigkeiten mit der Nachkriegsordnung im Irak und der nach wie vor sensiblen Lage der US-Wirtschaft – läuft seit Monaten auf Hochtouren, zumal er Spenden im Rekordtempo einsammelt. Gleichwohl haben bereits neun demokratische Kandidaten (bisher) den Wettbewerb um die Nominierung ihrer Partei zum Präsidentschaftskandidaten angetreten. Während die Kandidatur des ehemaligen Nato-Oberbefehlshabers General a.D. Wesley Clark national für Schlagzeilen und erneute Aufregung innerhalb der demokratischen Partei sorgt, fragt sich die amerikanische Bevölkerung, was die prominenteste Frau in der amerikanischen Politik, Hillary Clinton, eigentlich plant.

Mehrfach hat die Senatorin aus New York Spekulationen zurückgewiesen, dass sie für 2004 eine Rückkehr ins Weiße Haus plane. In der Tat hat Frau Clinton wiederholt darauf beharrt, sie werde nicht kandidieren, und dass die Wiederwahl 2006 zum Senat ihre

oberste politische Priorität sei. Aber irgendwie erscheint dies unglaubwürdig. Drei Jahre nachdem George W. Bush die Nachfolge Bill Clinton als Präsident angetreten hat, und Hillary Clinton aus dem Schatten ihres Mannes herausgetreten ist, ist sie zu einer der einflussreichsten und populärsten demokratischen Politiker Amerikas aufgestiegen. Gleichzeitig gilt sie – wie auch Präsident a.D. Clinton zu Zeiten seiner Präsidentschaftswahrscheinlich als eine der polarisierendsten Politiker Amerikas.

Ob sie tatsächlich kandidieren wird, weiß nur sie selbst. Eines aber steht fest: Hillary Clinton ist einem Bericht der einflussreichen Zeitschrift für Washingtons Insider, National Journal, zufolge („Hillary Inc.“ von Eliza Newlin Carney, 18. Oktober 2003, Nummer 42) die mächtigste und wichtigste Spendensammlerin ihrer Partei und entwickelt sich zu einer dominanten Figur hinter den Kulissen der demokratischen Partei.

Die ersten zwei Jahre ihrer ersten Amtszeit als Senatorin versuchte Frau Clinton unauffällig und behutsam ihre Politik zu betreiben, indem sie sich hauptsächlich auf die Angelegenheiten Ihres Bundesstaates New York konzentrierte. Sie fügte sich offenbar den Entscheidungen ihrer erfahreneren Amtskollegen, und spielte nur eine Nebenrolle im Senat, um das Rampenlicht zu vermeiden.

Im Laufe des vergangenen Jahres änderte sich das politische Klima allerdings und Frau Clinton gelang es, auf dem nationalen politischen Bildschirm zu erscheinen. Im Januar 2003 wurde sie zur Vorsitzenden des *Senate Democratic Steering and Coordination Committee* ernannt, ein bedeutendes Gremium, das für die Kontaktpflege der Partei zu den vielfältigen, der demokratischen Partei nahestehenden Gruppen, verantwortlich ist. Außerdem ist die ehemalige *First Lady* offenbar hörbarer und freimütiger geworden, in ihrer Kritik an der Außen- und Innenpolitik der Bush-Regierung. „Wir kämpfen nicht nur darum, auf den rechten Weg zurückzugelangen, auf dem wir uns am Ende der Clinton-Administration befanden,“ plädierte Frau Clinton neulich vor einem Treffen des *Democratic National Committee's Women's Leadership Forum*, „wir kämpfen buchstäblich darum, die Errungenschaften des 20. Jahrhunderts zu bewahren.“

Es war aber die Veröffentlichung ihrer Memoiren, „Living History“ (auf Deutsch „Gelebte Geschichte“—Econ 2003) im Juni 2003, wovon inzwischen in den Vereinigten Staaten allein über 1,4 Millionen Exemplare verkauft werden konnten und die zum internationalen Bestseller avanciert sind, die ihre offizielle Rückkehr auf die politische Weltbühne ankündigten. Wie nie zuvor fokussieren nun die Medien sowie die Öffentlichkeit auf Clintons zukünftige Pläne.

Ob bewußt oder unbewußt, Frau Clinton nutzt jetzt diese neue Aufmerksamkeit und ihren Bekanntheitsgrad aus. Und die Parteimitglieder sind begeistert, denn das Inkrafttreten des *Campaign Finance*-Gesetzes 2002 löste eine Krise innerhalb der demokratischen Partei aus. Obwohl die Demokraten die neue Regelung weitgehend unterstützten – welche sogenanntes *soft money* (unregulierte Spenden, meistens von Gewerkschaften und AGs) verbat –, hatte sie negative Auswirkungen auf Frau Clintons Partei, weil solche Spenden traditionell als Grundlage demokratischer Wahlkämpfe dienten. Jetzt dürfen die Demokraten wie die Republikaner nur *hard money* annehmen – regulierte Spenden, die das gesetzlich gebundene Limit von \$2.000 pro Spender nicht übertreffen dürfen. Solches *hard money* dient seit Langem als Lebensader der Republikaner. Als Folge des Gesetzes haben die Republikaner im letzten Wahlzyklus übrigens das Zweifache an Spenden gegenüber den Demokraten gesammelt.

Frau Clinton lässt sich durch diesen republikanischen Vorteil aber nicht aufhalten. Sie hat nicht nur seit ihrer Kandidatur 2000 durch ein kompliziertes Netzwerk von diversen *political actions committees* (PACs) \$47 Millionen für ihre eigenen Wahlkämpfe gesammelt, sondern auch mehrere Millionen Dollar für ihre eigene Partei acquiriert. Überdies hat sie mit \$1,5 Millionen andere demokratische Kandidaten unterstützt. Und sie versucht dieses Netzwerk auszuweiten. Wie der demokratische Präsidentschaftskandidat Dr. Howard Dean, nutzt Frau Clinton das Internet ([www.hillpac.com](http://www.hillpac.com) und [www.friendsofhillary.com](http://www.friendsofhillary.com)) als volksnahes und modernes Instrument, um die Massen anzusprechen und um mehr Spenden zu gewinnen.

Ihre harsche anti-Bush Rhetorik und ihre leidenschaftlichen Plädoyers für eine Reform der Bildungs-, Umwelt-, Sozialpolitik etc. stoßen zunehmend auf positive Resonanz und begeistern die demokratische Basis. Durch ihre einmalige Anziehungskraft kann Senatorin Clinton ihre Partei mobilisieren, wie kaum eine andere Persönlichkeit. Das gilt aber auch für ihre Gegner. Während einige Kandidaten um ihre Hilfe bitten, hoffen viele andere Demokraten, dass sie von ihren Wahlkreisen fernbleibt. Genau wie Frau Clintons polarisierende Natur ihre Befürworter mobilisiert, inspiriert sie andere, das Scheckbuch für Republikaner aufzuschlagen, um sie zu stoppen. Laut einer Umfrage haben 43% der Bevölkerung eine positive und 43% eine negative Meinung über sie.

Was Hillary Clinton 2004 vorhat, wird sich noch zeigen. Allerdings ist Eines klar: die kontinuierliche Spekulation um ihre Pläne erhöht ihren Reiz für Spender und demokratische Aktivisten. Darüber hinaus ist Senatorin Clinton für demokratische Strategisten die wichtigste Figur der Partei. Obwohl sie eine Kandidatur im Wahljahr 2004 bislang kategorisch ausschliesst, bleibt das Wahljahr 2008 von ihr bisher unkommentiert. Zuzutrauen ist ihr alles. Selbst der Coup, trotz bisheriger Dementis, noch auf den Kandidatenzug zur Präsidentschaft im nächsten Jahr aufzuspringen.

### **Washington wieder Mord-Hauptstadt-,Eine schleichende Katastrophe“**

*FAZ-Artikel, 04. November 2003, Nr. 256/Seite 9*

In keiner Großstadt der Vereinigten Staaten werden—gemessen an der Einwohnerzahl—so viele Menschen Opfer von Totschlag und Mord wie in Washington. Von 100 000 Einwohnern der amerikanischen Hauptstadt starben im vergangenen Jahr 46 aufgrund tödlicher Straftaten. Das sind sechsmal so viele wie in New York und zweimal so viele wie in Los Angeles. Die Stadt mit der zweithöchsten Totschlags- und Mordrate in den Vereinigten Staaten ist Detroit, gefolgt von Baltimore und Memphis. In Washington wurden im vergangenen Jahr 264 Menschen Opfer von Mord und Totschlag, 14 Prozent mehr als im Vorjahr. Bürgermeister Anthony Williams sprach von einer „schleichenden Katastrophe“ für die Stadt. Polizeichef Charles Ramsey hat angesichts zahlreicher Raubüberfälle in den vergangenen Monaten und tödlicher Auseinandersetzungen von Banden ein Dringlichkeitsprogramm zur Kriminalitätsbekämpfung angeordnet. Als eine



Ursache für die Gewalttaten nannte er den Gegensatz zwischen Arm und Reich. Kriminologen weisen außerdem auf geographische Besonderheiten hin: So habe Washington wenig Vororte der gehobenen Mittelschicht, wo die Kriminalitätsrate besonders niedrig sei; die meisten dieser Vororte gehören schon zu den Bundesstaaten Maryland und Virginia. Im übrigen verdecke das Etikett „Mörderhauptstadt“, daß die Gewaltkriminalität in Washington im Vergleich zu den achtziger Jahren gesunken sei.